

Politik lässt Bankmanager gewähren

Riesenverluste bei CS Die Grünen wollten die Führungsetage von Grossbanken zur Verantwortung ziehen können. Doch in der Wirtschaftskommission des Nationalrats sind sie abgeblitzt. Weitere Vorstösse sind angekündigt.

Eva Novak

Wenn eine Grossbank wie zuletzt die Credit Suisse wegen eines Finanzskandals Milliarden verliert, kommen die obersten Verantwortlichen meist ungeschoren davon. Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) kann erst einschreiten, wenn Manager etwa mit einer schriftlichen Anweisung explizit zu Regelverstössen aufgerufen haben.

Das liess sich die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrats, die am Montag bis in den Abend hinein über das CS-Debakel beriet, vom interimistischen Finma-Direktor Jan Blöchliger erklären.

Zur Debatte stand ein Lösungsvorschlag von Gerhard Andrey. Der Nationalrat der Grünen aus dem Kanton Freiburg, selber Verwaltungsrat der Alternativen Bank Schweiz, wollte die Chefetage in die Pflicht nehmen. Denn das sei die Stelle, welche den Risikoappetit oder generell die Kultur eines Finanzinstituts vorgebe. Als Vorbild diente Andrey Grossbritannien, das im Nachgang zur Finanzkrise ein «Senior Managers und Certification Regime» geschaffen hatte, ein Zertifizierungsregime für die obersten Bankmanager.

Die Finma zeigt sich offen

Darin wird detailliert festgehalten, welche Erwartungen die Chefs zu erfüllen haben – und ihre Verantwortung für den Fall von Verstössen festgelegt. Werden sie dieser nicht gerecht, könnten Sie zur Verantwortung gezogen oder allenfalls finanziell haftbar gemacht werden, zumindest in der Theorie. In der Praxis sei das wohl gar nicht nötig, sagt Andrey auf Anfrage: «Wenn die Ansage von Anfang an klar ist, erübrigt sich die Sanktion.»

Das Modell habe Schule gemacht und werde etwa in Australien oder Hongkong angewendet. Den WAK-Mitgliedern versuchte der Freiburger ein Postulat beliebt zu machen. Nach diesem hätte der Bundesrat in einem Bericht aufzeigen sollen, wie das britische Regime oder vergleichbare Ansätze als Mittel für die Aufsichtstätigkeit der Finma eingeführt werden könnten. Die Banken-Aufsichtsbehörde könnte sich damit durchaus anfreunden. Gemäss Mediensprecher Tobias Lux begrüsst sie es, wenn über



Braucht keine Konsequenzen aus Bundesbern zu fürchten: CS-CEO Thomas Gottstein. Foto: René Ruis (Keystone)

CS verliert Topleute – und stellt in Indien über 1000 IT-Fachleute an

Die Credit Suisse will laut einer Medienmitteilung im Rahmen ihrer Digitalisierungsstrategie im laufenden Jahr in Indien über 1000 IT-Fachleute anstellen. Bereits in den letzten drei Jahren hatte die CS dort mehr als 2000 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter in der IT angeheuert. Gesucht würden Entwickler und Ingenieure in aufstrebenden Technologiebereichen wie Cybersecurity, Datenanalyse, Cloud, Schnittstellenentwicklung sowie Maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz. Derweil muss die

CS den Abgang mehrerer Topkader verkraften. Wie die Agentur Bloomberg schreibt, verlassen gleich sechs hohe Angestellte, die in den USA in der Beratung bei Fusionen und Übernahmen arbeiten, die Bank. Die CS bestätigte den Bericht nicht. (sda/red)

Optimierungen im Bereich Corporate Governance und Fragen punkto persönlicher Verantwortung nachgedacht wird, «zumal hier einige wichtige Finanzplätze hier deutlich weiter gehen als die Schweiz».

Allerdings sollten solche Optimierungen «in jedem Fall unbürokratisch und verhältnismässig sein» und dürften weder bei den Behörden noch den Beaufsichtigten viele Ressourcen binden. Hier aber sieht Daniel Zuberbühler ein Problem, ehemaliger Direktor der eidgenössischen Bankkommission und Finma-Vizepräsident. Er war ein zentraler Akteur, als Bund und Nationalbank die UBS 2008 vor dem Kollaps retteten. Das britische Regime sei «wenig sinnvoll», da es zu übertriebenem Formalismus und Bürokratie führe.

Bürgerliche waren dagegen

In der nationalrätlichen Wirtschaftskommission überwog ebenfalls die Skepsis. Gemäss Tamedia-Recherchen lehnte eine bürgerliche Mehrheit das Postulat nach längerer Debatte ab. «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht immer, wenn etwas passiert, neue Regeln schaffen. Wir ersticken sonst in unserer Regulendichte», sagt etwa der Luzerner Mitte-Nationalrat Leo Müller.

Prisca Birrer-Heimo bedauert, dass das Aufsichtsregime nicht gestärkt wird. Es war die Luzerner SP-Nationalrätin, welche die WAK-Debatte über die Credit Suisse beantragt hatte. Jetzt will sie mit einem Vorstoss dafür sorgen, dass die Bank weiterhin auf der politischen Traktandenliste der Kommission bleibt. Allerdings will sie nun zuerst bei den Eigenmitteln ansetzen.

«Bei einer Bank, die viele Risiken eingeht, muss man höhere Anforderungen stellen als heute», sagt die Wirtschaftspolitikerin. Heute können die Grossbanken über den sogenannten internen Modellansatz selber die risikogewichteten Aktiven berechnen und damit die Grundlage festlegen, wie viele Eigenmittel sie im Verhältnis dazu halten müssen. Künftig müsse der Gesetzgeber die höhere Anforderungen festlegen und die Finma diese überprüfen: «Ziel muss sein», so Birrer-Heimo, «dass wir mit Sicherheit ausschliessen können, dass der Staat und damit der Steuerzahler in die Pflicht kommt.»

Börse

SMI
11142 Punkte

+0.1%



Die Besten

Richemont N	+1.3%
Swatch Group I	+1.2%
Partners Group N	+0.9%

Die Schlechtesten

Novartis N	-0.5%
Zürich Ins. N	-0.5%
Lonza N	-0.4%

Dow Jones Ind.

34'060 Punkte

-0.8%

Nasdaq Comp.

13'303 Punkte

-0.6%

Euro in Franken	1.096	0.15%
Dollar in Franken	0.898	-0.33%
Euro in Dollar	1.221	0.48%
GB-Pfund in Franken	1.275	0.17%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	69.21	0.0%
Gold (Unze) in Dollar	1867.70	0.3%
Silber (Unze) in Dollar	28.46	4.0%

Sandoz baut Produktion von Antibiotika aus

Letzte Fabrik in Europa Der Pharmakonzern Novartis baut seine Antibiotika-Produktion aus. Die Tochter Sandoz will 150 Millionen Euro in ihre bestehenden Werkanlagen in Kundl, Österreich, und in Palafolls, Spanien, investieren. Das Werk in Tirol ist die einzig noch existierende Antibiotika-Fabrik in Europa, die sämtliche Produktionsschritte umfasst.

Damit Sandoz die Produktion nicht nach Asien verlagert, hatten Österreich und die EU das Unternehmen mit Staatshilfe in Höhe von 50 Millionen Euro zum Bleiben bewegt. Sandoz wiederum hatte sich verpflichtet, selbst rund 100 Millionen Euro aufzuwerfen.

Das Rückgrat der modernen Gesundheitsversorgung

Sandoz ist die grösste Herstellerin von Antibiotika weltweit, produziert aber ausschliesslich Generika. «Antibiotika bilden das Rückgrat der modernen Gesundheitsversorgung und sind der strategische Hauptpfeiler unseres Geschäftes», lässt sich Sandoz-Chef Richard Saynor in der Medienmitteilung zitieren. Während der Pandemie ist die Nutzung von Antibiotika in den Industriestaaten zurückgegangen. Bakterielle Erkrankungen nahmen wegen verschärfter Hygieneregeln ab. In Staaten wie Indien nahm der Gebrauch dagegen zu, weil die Menschen Arztbesuche vermeiden und sich in der Apotheke das dort rezeptfreie Medikament besorgen. (ish/sda)

Gericht gibt Gastronom im Streit mit Helvetia recht

Ertragsausfälle wegen Corona Viele Wirte gehen juristisch gegen Versicherungen vor, weil diese nicht zahlen wollen.

Die Gastronomie zählt zu den Branchen, welche die Pandemie am härtesten getroffen hat: Aufgrund der verordneten Betriebschliessungen sind die Erträge über Monate komplett ausgefallen. Etliche Wirte rieben sich verwundert die Augen, als Versicherungen sich weigerten, Ertragsausfälle zu finanzieren. Viele hatten eine Epidemievversicherung abgeschlossen. Doch die Versicherer stellten sich auf den Standpunkt, dass Covid-19 von der Deckung ausgeschlossen sei, da es sich dabei nicht um eine Epidemie in einem begrenzten

Gebiet, sondern um eine weltweite Pandemie handle.

Oft einigten sich Versicherer und Gastrobetriebe einvernehmlich. Während die Versicherungen von grosszügigen Lösungen sprachen, beurteilten Brancheninsider solche Kompromisslösungen skeptisch und sprachen von Knebelverträgen. Denn damit verpflichteten sich die Wirte, keine weiteren Forderungen zu stellen.

Nun hat das Handelsgericht des Kantons Aargau in einem Verfahren gegen die Versicherungsgesellschaft Helvetia einem Gastrobetrieb recht gegeben. Volker

Pribnow, Anwalt in Baden, vertritt neben der Klägerin rund 150 weitere Gastronomiebetriebe. Er führt mittlerweile ein Dutzend Musterverfahren gegen acht verschiedene Versicherungsgesellschaften.

«Ermutigendes Zeichen» für Gastrobetriebe

«Das Urteil des Handelsgerichts ist für die Wirte, die während der Pandemie grosse Einbussen hinnehmen mussten, ein ermutigendes Zeichen», sagt Pribnow. Er weiss aber auch, dass das letzte Wort noch nicht gespro-

chen ist. «Wir gehen davon aus, dass die Frage des Pandemieausschlusses in der Epidemievversicherung letztlich vom Bundesgericht geklärt werden muss», sagt Martin Jara, Geschäftsführer Helvetia Schweiz, in einer Stellungnahme.

Im vorliegenden Verfahren waren insbesondere zwei Punkte umstritten. Erstens argumentierte der Anwalt des betroffenen Gastrounternehmens, dass die Helvetia die Deckung zu stark eingeschränkt habe. Doch in diesem Punkt stützte das Gericht die Helvetia.

Im zweiten Punkt gaben die Richter der Klägerin recht. Die Helvetia stütze sich auf eine Definition der Weltgesundheitsorganisation. Doch diese WHO-Kriterien sind laut Gericht überholt. «Mehrere Versicherungsgesellschaften haben es verpasst, die Vertragsbedingungen rechtzeitig anzupassen», sagt Pribnow. Damit seien die Ausschlusskriterien nicht klar definiert. Für unklare Formulierungen in den Vertragsbestimmungen trage die Versicherungsgesellschaft die Verantwortung.

Bernhard Kislig

Viele Covid-Kredite erschlichen

Geldwäscherei 2020 sind bei der Meldestelle für Geldwäscherei (Mros) beim Bundesamt für Polizei insgesamt 5334 Fälle mit Geldwäscherei-Verdacht eingegangen, wie sie gestern mitteilte. Die Zahl steigt seit 2015 und lag 2020 rund 25 Prozent höher als 2019. Der Anstieg der Fälle sei grösstenteils auf 1046 Meldungen zurückzuführen, welche die Mros wegen Verdachts auf Veruntreuung oder Erschleichung von Covid-Krediten erhalten habe. Sie betrafen Kredite von 43 Banken über eine Gesamtsumme von 146,9 Millionen Franken. Die Mros erstattete daraufhin 764 Anzeigen. (sda)